



litischen Sticheleien Kubas gegen den sogenannten Yankee-Imperialismus getroffen:

- ▷ Ende Januar lud Ministerpräsident Castro alle lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Staaten zu einer Konferenz der unterentwickelten Länder ein, auf der die Gründung eines unabhängigen Wirtschaftsblocks beschlossen werden soll.
- ▷ Fast zur selben Zeit wurde der stellvertretende Sowjet-Ministerpräsident Mikojan eingeladen, eine sowjetische Industrieausstellung in Habana zu eröffnen.
- ▷ Kurz darauf deuteten Sprecher der kubanischen Regierung an, Premier Castro werde möglicherweise den 99jährigen Pachtvertrag kündigen, der den Vereinigten Staaten erlaubt, in der kubanischen Bucht von Guantánamo einen Marine-Stützpunkt zu unterhalten.

Die Yankees schossen scharf zurück. US-Außenminister Herter nannte Castros Fernsehrede „die beleidigendste, die er jemals gehalten hat“, und der amerikanische Flottenchef Burke erklärte, die Navy werde notfalls mit Waffengewalt den Stützpunkt Guantánamo verteidigen. Das State Department berief seinen Kubabotschafter Bonsal nach Washington zurück.

Am heftigsten reagierten die Lobbyisten der nordamerikanischen Zuckerproduktion, deren Führer schon lange die umfangreichen Einfuhren kubanischen Zuckers nach den USA beanstandeten. Seit Jahrzehnten gehört es nämlich zur Tradition Washingtons, den kubanischen Zuckerfabrikanten Einfuhrquoten und Preise zuzubilligen, die weniger der nordamerikanischen Marktlage als den Bedürfnissen der Lateinamerika-Diplomatie Washingtons entsprechen. Die nordamerikanischen Zucker-Industriellen aber witterten nun eine Chance, die hohe Einfuhrquote ihrer kubanischen Konkurrenten radikal zu beschneiden.

Schon rüstete sich Außenminister Herter, vom Kongreß eine entsprechende Ermächtigung einzuholen, da schritt Präsident Eisenhower ein und machte allen Vorbereitungen zu einer wirtschaftlichen Presionspolitik gegen Castro ein Ende.

Eisenhower erklärte am 26. Januar, der zurückberufene US-Botschafter Bonsal habe ihn davon überzeugt, daß Repressalien gegen Kuba inopportun seien. Er, der Präsident, sei zwar über die „unverantwortlichen Attacken Dr. Castros bestürzt“, gleichwohl respektierten die USA den Grundsatz, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen.

Was indes der Präsident verschwie, plauderte die „New York Times“ aus: „Die Furcht vor einer US-Intervention ist in Lateinamerika so tief verwurzelt, daß viele glauben, ein Vorgehen Washingtons gegen Kuba könne schon morgen als Präzedenzfall für eine ähnliche Aktion gegen einen anderen Staat gelten. Daher nehmen die Lateinamerikaner lieber Castro in Kauf, als die Aussicht, daß Washington mit wirtschaftlichen Druckmitteln gegen Castro vorgeht.“

Der US-Staatschef hatte zudem einen ganz persönlichen Grund, das Gerede über eine Intervention in Kuba zu dämpfen: Seine milde Reaktion auf die Attacken Castros hat ihm in der südamerikanischen Presse derart wohlwollenden Beifall eingebracht, daß Globetrotter Eisenhower hoffen darf, auf seiner Reise von den Massen nicht mit jenem Spük- und Steinbombardement empfangen zu werden. In dem vor zwei Jahren die Südamerika-Tour des US-Vizepräsidenten Nixon endete.

KIRCHE

ROM-SYNODE

Baskenmützen verboten

Seit der 78jährige Angelo Roncalli als Papst Johannes XXIII. und als Bischof von Rom auf dem Stuhle Petri sitzt, erfreut sich das Oberhaupt der katholischen Christenheit des Rufs, einer der fortschrittlichsten Kleriker seiner Zeit zu sein. In den letzten Januartagen aber wurde deutlich, daß sich das reformatorische Temperament des Papstes nur begrenzt durchzusetzen vermag gegenüber einer breiten konservativen Strömung im Katholizismus, die sich einer weitgehenden Modernisierung der Kirche entgegenstemmt.

Die Synode der Diözese Rom verabschiedete nämlich am vorvergangenen Wochen-



Rom-Bischof Johannes XXIII.
„Erkennen wir doch die Wirklichkeit!“

ende unter dem Vorsitz des Papstes, der in seiner Eigenschaft als Bischof von Rom amtierte, eine neue Konstitution für die kirchliche Arbeit innerhalb der Diözese, die für nichtitalienische Kleriker recht enttäuschend ausfiel: Deutsche und amerikanische Geistliche in Rom sprechen bereits von einer Kluft zwischen dem germanogallischen und dem spanisch-italienischen Katholizismus.

Dabei hatte der reformfreudige Papst von Anfang an der römischen Synode die Aufgabe gestellt, „Ausgangspunkt einer noch größeren Bewegung“ zu werden, mit der „die göttliche Institution der Kirche mehr denn je zu einer unlösbaren Einheit zusammengeschmiedet“ werden soll. Die Synode von Rom sollte zudem Antwort geben auf die heiklen Fragen, die das Atomzeitalter der katholischen Kirche stellt.

Formulierte Papst Johannes XXIII.: „Heute handelt es sich nicht mehr um das alte Rom, ... sondern um eine moderne Weltstadt mit zwei Millionen Menschen, mit allen geistigen und moralischen Problemen, die unsere Verstärkung mit sich

bringt, aber auch mit Problemen, die ihr in ganz besonderer Weise eigen sind.“

Es waren denn auch die völlig überholten Seelsorge-Verhältnisse in der Diözese Rom, die den Heiligen Vater zur Einberufung der römischen Synode bewogen. Seit 800 Jahren haben die Päpste — sie sind zugleich Bischöfe von Rom — nicht mehr die Kirchenversammlung der wichtigsten Diözese des Katholizismus einberufen, obwohl das Kanonische Recht den Bischöfen vorschreibt, mindestens alle zehn Jahre eine Synode abzuhalten.

Die Päpste konnten sich im Falle Roms allerdings stets auf besondere Verhältnisse berufen, die eine Synode nahezu überflüssig zu machen schienen. Die Ewige Stadt besaß jahrhundertlang eine so geringe Bevölkerung, daß noch im Jahre 1823 von den 138 000 Römern mehr als die Hälfte dem Klerus angehörte, freilich weniger als Seelsorger denn als Angestellte des päpstlichen Hofes oder der kurialen Organisationen. Erst nach der Einigung Italiens und der Beseitigung des weltlichen Kirchenstaats vergrößerte sich die Bevölkerung Roms rapide.

Aber gerade das schnelle, schier unaufhaltsame Wachstum der Stadt zerstörte die kirchenorganisatorische Struktur Roms. Die Mehrzahl der Kirchen lag im alten Stadtkern, die Masse der neuen Bevölkerung dagegen siedelte sich immer mehr außerhalb der historischen Innenstadt an. Im Jahre 1911 wohnten 68,4 Prozent der Römer im alten Stadtkern, heute sind es nur noch 25 Prozent. Die Diözese besaß jedoch nicht die erforderlichen Mittel, am Stadtrand in ausreichender Anzahl neue Kirchen zu bauen.

Zu dem Mangel an Kirchen trat ein Mangel an Geistlichen. Zwar ist Rom die Stadt der katholischen Theologen, aber die jungen Priester werden eher vom Glanz kurialer Karrieren als von dem anonymen Dienst der Seelsorge angezogen. „Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, erkennen wir doch die harte Wirklichkeit“, argumentierte Johannes XXIII. „Die Stadt Rom zählt etwa zwei Millionen Seelen. Für die Seelsorge stehen 220 Weltgeistliche und 370 Ordensgeistliche zur Verfügung, das heißt auf je 3300 Seelen kommt ein Priester.“ So stark ist der Priestermangel, daß 70 Prozent der römischen Bevölkerung sterben, ohne die Sterbesakramente erhalten zu haben.

Papst Johannes XXIII. aber, obnehin an einer engen Zusammenarbeit zwischen Bischof und niederem Klerus interessierter als sein Vorgänger Pius XII., war von Anfang an entschlossen, das Leben der Diözese Rom den Bedingungen des 20. Jahrhunderts anzupassen. „Wir müssen endlich“, forderte der Heilige Vater im Februar 1959 in einem Hirtenbrief an die Katholiken Roms, „die Probleme eures geistigen Lebens studieren, Mißbräuche abstellen und den Gottesdienst verstärken.“

Der Papst berief eine Synode für den Januar 1960 ein und ernannte acht Kommissionen, die alle Bereiche des kirchlichen Lebens in der Diözese untersuchen sollten. Die 30 Mitglieder arbeiteten mehr als 800 Berichte aus, die dem Heiligen Vater und seinen engsten Beratern vorgelegt wurden. Eine sogenannte Vorbereitungskommission feilte dann an den einzelnen Artikeln des neuen Grundgesetzes für die Diözese Rom, das auf der Synode vorgelegt werden sollte.

Bald zeigte sich jedoch, daß die offensichtlichen Neuerungsbestrebungen des Papstes von der konservativen Mehrheit der Vorbereitungskommission nicht gebilligt wurden. Johannes XXIII. mußte sich vielmehr mit seinen Ratgebern auf einen Kompromiß einigen, der schwerlich geeig-



Wenn Sie MICH fragen...

Wenn gute Freunde zu mir kommen, dann überrasche ich sie gern mit einem „Kalten Büfett“: Verlockende Kleinigkeiten für jeden Geschmack und als Krönung — Sekt! Selbstverständlich, daß dabei von allem nur das Erlesene angeboten wird — und erst recht beim Sekt gibt es da keine Ausnahme. Denn „Sekt“ und „Sekt“ das ist nun einmal nicht das gleiche. Für mich und meine Freunde muß es ein Sekt sein von großem Format, gut abgelagert, nobel, rassig und elegant, kurzum — wenn Sie mich fragen — HENKELL TROCKEN.



HENKELL TROCKEN



Ein Sekt, mit dem man Ehre einlegt!

KEIN PARDON FÜR WLASSOW

Aus der Presse der Sowjet-Union

Der Leningrader Schriftsteller Sergej Woronin erregte jungst die sowjetische Presse durch seine Erzählung „In der Heimat“, die den ersten Versuch darstellt, das Schicksal einer sowjetischen Menschengruppe objektiv zu schildern, die bisher mit dem Fluch des Vaterlandsverrats beladen war: das Schicksal der Soldaten des ehemaligen Sowjet-Generals Wlassow, die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften. Nach der Veröffentlichung der Erzählung berief die Kommunistische Partei eine Sondertagung der Leningrader Schriftsteller ein, in der Woronins Arbeit auf das schärfste verurteilt wurde. Woronin legte jedoch, wie „Literaturnaja gaseta“ berichtet, „vom Rednerpult aus die ganze Kritik an seiner Erzählung restlos hinweg“. Ein Artikel dieser Zeitung enthält, daß die Wlassow-Episode noch heute ein Kapitel unbewältigter Sowjet-Vergangenheit ist.

Wir wissen, daß es unter den Wlassow-Soldaten Menschen mit einem schweren, mitunter tragischen Schicksal gab, deren Schuld vor dem Vaterland nicht allzu schwerwiegend war. Die einen zogen die faschistische Uniform nur in der Absicht an, den Feind zu täuschen, um schneller aus der Gefangenschaft zu entkommen. Manchen gelang es, ihr Vorhaben auszuführen, indem sie zu den Sowjettruppen überliefen oder zu den Partisanen entflohen. Andere meldeten sich zur Wlassow-Armee aus Kleinmut, da sie die Hungertorturen in den Hitlerschen Lagern nicht aushielten.

Wir wissen jedoch auch, daß die überwältigende Mehrheit der Wlassow-Leute Erzfeinde unseres Systems und unseres Staates, entartete Elemente, ehr- und gewissenloser Abschaum der Gesellschaft waren, die mit der Erbitterung Verdammter an der Front und im Hinterland kämpften, um das Vertrauen ihrer faschistischen Herren zu gewinnen.

Im Frühjahr 1945 ging der Vernichtungskrieg, der uns durch den Hitlerfaschismus aufgezwungen worden war, zu Ende; die Narben seiner Wunden brennen jedoch immer noch am Körper und in der Seele der Menschen, mag noch so viel Wasser darüber geflossen sein. Längst hat der Verräter-General seine verdiente Strafe erhalten, und mit seinem Blut wurde das Schandmal von dem guten weitverbreiteten russischen Familiennamen Wlassow getilgt. Einige seiner treuen Komplizen teilten sein Schicksal.

Viele Wlassow-Leute sind seinerzeit nach dem Westen geflohen und unter die sogenannten „verschleppten Personen“ geraten. Auch unter ihnen gibt es verschiedene Menschen. Die berüchtigten Banditen, die furchtbare Verbrechen gegen das Volk begangen haben, bilden heute jenen Schutthaufen, aus dem die Feinde des Sozialismus die Spione und Saboteure zur Einschleusung in unser Land rekrutieren.

Andere, deren Schuld geringer ist und die aufrichtig bereuten, machten von der Amnestie der Sowjetregierung Gebrauch und kehrten in die Heimat zurück (oder werden es noch tun). Man hilft ihnen, einen Arbeitsplatz zu finden, verschafft ihnen eine Wohnung, so daß aus obdachlosen Wanderern durch fremde Lande wieder vollberechtigte Sowjetbürger werden.

Die Mehrzahl der Wlassow-Leute, Polizisten und sonstigen ehemaligen Helfer des Feindes, die in der Sowjet-Union geblieben waren und die ihnen auf-

erlegte Strafe verbüßt haben oder unter die Amnestie gefallen sind, kehrten in den letzten Jahren nach Hause zurück. Sie leben unbeeinträchtigt in unserer Mitte, arbeiten, studieren, fahren in Erholung und ziehen ihre Kinder groß. Sie bekommen sogar staatliche Renten oder werden sie nach Erreichung der Altersgrenze erhalten. Das hat ganz seine Ordnung. Sie haben ihren Teil bereits abbekommen, und wir sind nicht blutrünstig.

Dies alles darf jedoch nicht heißen, daß wir „wegen Verjährung“ in unserem Inneren den Verrat verziehen, den Treubruch vergessen oder unser Urteil über die „Wlassow-Bewegung“ revidiert hätten. Nur Zorn, Empörung und heftigen Protest kann der Versuch hervorrufen, vor aller Öffentlichkeit im süßlichen Ton christlichen Allverzeihens über das Schicksal eines untergetauchten Handlangers des Feindes zu sprechen und sentimentale Tränen über das „harte Los“ eines Wlassow-Soldaten zu vergießen, der seine Verbrechen am Vaterland verheimlichte.

Einen solchen Versuch aber hat man gerade in unserer Literatur unternommen, so sonderbar es auch klingen mag. Es ist

die in der Zeitschrift „Newa“ veröffentlichte Erzählung „In der Heimat“ von dem Chefredakteur dieser Zeitschrift, dem Leningrader Schriftsteller Sergej Woronin.

Dort kommt sowohl die verschwenderische, „versöhnende“ Natur vor, die das Gute und das Böse gleichgültig hinnimmt, als auch das biblisch-tolstojsche „Die Rache ist mein, und Ich will vergelten!“ und schließlich die ihrem Wesen nach jeder Spur von Parteilichkeit entbehrende morsche Philosophie des Allverzeihens, die beinahe einer moralischen Rehabilitierung des Verrats gleichkommt.

Sergej Woronin hat, vermutlich ungewollt, mit dieser Erzählung eine Kugel abgefeuert, die gegen einen der heiligsten und unantastbaren Grundsätze unserer Partei, unseres Volkes gerichtet ist — gegen die Standhaftigkeit im Kampf gegen die Feinde, gegen die Unversöhnlichkeit gegenüber jeder Art von Niedertracht und gegenüber der höchsten Stufe der Niedertracht, gegenüber dem Verrat am Vaterlande und an unserer edlen Sache, der Sache des Kommunismus!

Eine schlechte, eine schädliche Erzählung hat der Schriftsteller Sergej Woronin geschrieben und in der von ihm geleiteten Zeitschrift veröffentlicht. Es ist ein Versuch, die Vaterlandsverräter zu rehabilitieren.



Wlassow

net sein wird, junge Menschen für den Priesterberuf zu begeistern.

In Rom hatte man zum Beispiel gehofft, daß die alten Bekleidungsvorschriften revidiert werden würden, die das Tragen der langen schwarzen Soutane — vor über hundert Jahren von Papst Pius IX. als Protest gegen den „Modernismus“ eingeführt — zur Pflicht machen. Die römische Synode bestätigte jedoch den Bekleidungs-Ukas des neunten Pius und verbot sogar das Tragen von Baskenmützen, eine Mode, die jüngere Kleriker von ihren französischen Amtsbüdern übernommen hatten.

Die 770 Paragraphen der neuen Grundgesetzordnung bestimmen außerdem, daß Kleriker vom Tabak „nur mäßigen Gebrauch“ machen dürfen. Auch sollen sich die Priester von Espresso-Bars und Gaststätten fernhalten. Kino- und Theaterbesuche sind verboten. Gestattet ist die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, wenn dazu ausdrücklich eine Genehmigung der Kirchenoberen vorliegt.

Typisch für den konservativen Geist des neuen Grundgesetzes ist die Bestimmung, daß Priester auch die Pfarrkinos nicht betreten dürfen, wenn im Dunkel des Vorführraums „gemischtes Publikum“, also auch Frauen, anwesend ist. Den Beziehungen des Priesters zum weiblichen Geschlecht gilt denn auch die besondere Aufmerksamkeit der katholischen Verfassungsväter.

So legt die Verfassung den Priestern für die — nur mit Sondererlaubnis gestattete — Benutzung von Autos, Motorrädern und Fahrrädern nahe: „Es vermeide der Priester oder Ordensmann, außer in wirklich dringenden und außergewöhnlichen Fällen, allein mit einer Frau zu reisen, auch wenn es sich um eine Verwandte handelt.“ Umgekehrt dürfen Nonnen nicht in Begleitung eines Mannes reisen. Und weiter: „Gespräche geistlichen Inhalts sollen in der Regel mit Frauen nicht außerhalb des Beichtstuhls geführt werden; wenn solche Gespräche jedoch notwendig sind, sollen sie maßvoll, kurz und niemals in abgeschlossenen Räumen geführt werden.“

Während die Lebensführung des Priesters ungewöhnlich ausführlich behandelt wurde, schenkte die Synode der dringend notwendigen Reorganisation und Intensivierung der Seelsorge und der karitativen Tätigkeit nur wenig Beachtung. Zwar sieht die neue Verfassung eine finanzielle Besserstellung der Vize-Pfarrer vor und erlaubt auch die österliche Segnung der Wohnung von Kommunisten, sofern mindestens ein Familienmitglied als praktizierender Katholik gilt; den Fragen eines praktischen Christentums wußte aber die Synode keine neue Form zu gehen.

Deutsche und amerikanische Theologen in Rom kritisierten: Auf der Synode habe ein „typisch römischer Formalismus“ geherrscht, der kaum auf die Probleme eingee, denen die katholische Kirche in der industriellen Gesellschaft gegenüberstehe. Die römische Synode sei nicht, wie vom Heiligen Vater ursprünglich geplant, zum „Ausgangspunkt einer noch größeren Bewegung“ geworden, sondern habe Beschlüsse gefaßt, die geeignet seien, den methodischen Unterschied zwischen dem gallo-germanischen Katholizismus modernen Zuschnitts und dem erzkonservativen Episkopat Italiens und Spaniens zu verschärfen.

Der Unmut der nichtitalienischen Kleriker ist verständlich, denn das Grundgesetz gilt auch für katholische Besucher Roms. Fremde Kleriker — so forderten die römischen Verfassungsväter — dürften auf keinen Fall das „heilige Antlitz“ der Ewigen Stadt durch ungewöhnliches Betragen beleidigen und „Erslauen und Ärgernis erregen“.